



Medienmitteilung, 13. Dezember 2011

„Wir brauchen die Unterstützung der Armee!“

Anlässlich der diesjährigen Generalversammlung der Bündner Offiziersgesellschaft, referierte Regierungsrätin Barbara Janom Steiner, Vorsteherin des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit zum Thema „Sicherheit in Graubünden“.

Einleitend stellte die BDP Regierungsrätin fest, dass der Begriff Sicherheit je nach gesellschaftlicher Stellung oder Beruf unterschiedlich verstanden wird. Im Ursprung stamme der Begriff Sicherheit vom lateinischen Begriff „securitas“ ab, der zu Deutsch übersetzt so viel wie „sorglos“ bedeute und einen Zustand beschreibe, der als gefahrenfrei angesehen werde.

Ist Sicherheit eine Selbstverständlichkeit?

„Nebst dem unterschiedlichen Verständnis hinsichtlich des Begriffs Sicherheit wird auch das Bedürfnis nach Sicherheit unterschiedlich bewertet“, hielt Barbara Janom Steiner fest. So habe eine von der Credit Suisse in Auftrag gegebene Studie gezeigt, dass Themen wie Arbeitslosigkeit, Altersvorsorge und das Gesundheitswesen, die Schweizer Stimmberechtigten am meisten beschäftige. Auch bei einer Umfrage des Tagesanzeigers Mitte September dieses Jahres hätten die rund 2700 Befragten ähnliche Werte zur selben Thematik angegeben. Nur gerade 12 Prozent hätten dabei die Finanzierung der Schweizer Armee als wichtiges Problem bezeichnet, was ein Negativrekord sei. Einen ebenso tiefen Wert verzeichne das Problemfeld „Terrorismus“. 63 Prozent der Leser hätten dieses gar als unwichtig empfunden. Die Referentin leitete daraus ab, dass soziale Sicherheit, wirtschaftliche und finanzielle Sicherheit die grossen Themen dieses Jahres waren. Und obwohl die Sorge um die Sicherheit im Migrationsbereich allmählich zunehme, werde Sicherheit grundsätzlich als etwas Selbstverständliches angesehen.

Sicherheit erfordert Konzepte

Um Sicherheit zur Selbstverständlichkeit zu machen, brauche es aber unzählige und unterschiedliche Sicherheitskonzepte, mit denen sowohl erwartete als auch unerwartete Beeinträchtigungen abgewehrt werden könnten. Als Beispiel für ein bislang gut funktionierendes Sicherheitskonzept nannte die Regierungsrätin das WEF und unterstrich dabei die Rolle der Armee. Ohne deren Mithilfe wäre die Gewährleistung der Sicherheit für einen derartigen, internationalen Grossanlass undenkbar. Mit der Aufhebung der kantonalen Truppen hätten die Kantone keine eigenen Armeeeinheiten mehr, die sie in besonderen oder ausserordentlichen Lagen den eigenen Polizeikorps zur Seite stellen können. Dementsprechend sei der Kanton zur Gewährleistung der inneren Sicherheit bei grösseren Ereignissen auf die Unterstützung durch die anderen kantonalen Polizeikorps einerseits sowie die Armee und das Grenzwachtkorps andererseits angewiesen.

Ressourcen der Polizei werden immer knapper

Die Vorsteherin des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit führte aus, dass die personellen Ressourcen immer knapper werden würden. So bestehe gesamtschweizerisch gesehen eine Lücke von rund 1'500 Polizisten. Zwar hätten sich die Korpsbestände in den vergangenen 30 Jahren stetig erhöht, jedoch sei die Belastung ebenfalls kontinuierlich angestiegen. Dazu beigetragen hätten das Schengenabkommen, die neue eidgenössische Strafprozessordnung sowie die gesellschaftliche Entwicklung. Die Arbeitsgruppe „polizeiliche Lücke“,

bestehend aus kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren, erarbeite im Moment Lösungsvorschläge, welche im Frühjahr 2012 präsentiert werden.

Die Armee – Zuverlässiger Sicherheitspartner und wichtiger Wirtschaftsfaktor

Der vom Parlament am 14. September 2011 gefällte Entscheid, dass die Armee zukünftig noch aus 100'000 Angehörigen der Armee bestehen soll, sei zwar besser als die Variante mit 80'000 Soldaten, aber im Grossereignisfall würden die Grenzen auch bei diesem Bestand bald erreicht. Aus Sicht der Kantone sei die Bestandesfrage enorm wichtig gewesen. Man hoffe nun aber, dass die Unterstützung trotz der Reduktion des Sollbestandes weiterhin gewährleistet werden könne. Eine entsprechende Beurteilung werde aber frühestens Mitte des kommenden Jahres möglich sein, wenn das Konzept der Armeeorganisation und das Stationierungskonzept präsentiert werde. Es liege aber auf der Hand, dass die Weiterentwicklung der Armee, insbesondere die Bestandesreduktion auch auf die Armee-Infrastrukturen in den Kantonen einen Einfluss haben werde. Die Armee sei aber nicht nur ein wichtiger Partner im Bereich Sicherheit. Vielmehr trage sie auch wesentlich zum wirtschaftlichen Wohlergehen einer Region bei. So generiere der Waffenplatz Chur mit Rund 520 AdA jährlich 91'000 Übernachtungen. Ca. 560'000 Franken werden dabei für Verpflegung und rund 1.7 Millionen Franken in der Gastronomie während des Ausgangs umgesetzt.

Der Sicherheitsverbund wird geprüft

Als weitere wichtige Partner im Sicherheitsverbund Schweiz, nannte Barbara Janom Steiner unter anderem das Grenzwachkorps, den Zivilschutz sowie auch Gemeinde- und Betriebsfeuerwehren. Um den Erfolg bei der Krisenbewältigung sicherstellen zu können, müssten Abläufe miteinander eingeübt werden. Nur so könne gewährleistet werden, dass die Partner des Bevölkerungsschutzes im Ernstfall die Lage bewältigen können. Deshalb werde im Jahr 2014 eine gesamtschweizerische Übung des Sicherheitsverbundes Schweiz durchgeführt. Sie sei die erste ihrer Art und solle die Gesamtverteidigungsübung, in denen die Armee im Übungsfokus stand, ablösen. Die Übung werde zwischen dem 3. und 21. November 2014 stattfinden und aufzeigen, ob das Konzept „Sicherheitsverbund Schweiz“ mit all den Partnern des Bevölkerungsschutzes funktioniert.

Obt Ralph Schumacher, Presseverantwortlicher der Bündner Offiziersgesellschaft

www.buendner-og.ch